



## In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

### Auf einen Blick

- › Europa wurde deutlich vor Augen geführt, dass es sich um seine eigene Verteidigung kümmern muss. Deutschland wird aufgefordert, seine Position als „Trittbrettfahrer“ aufzugeben und – zusammen mit Frankreich und Großbritannien – wieder eine führende Rolle auf dem Kontinent einzunehmen. Das Budget für Verteidigung muss erhöht werden, auch zu Lasten von Kürzungen im Sozialbereich.
- › Mit Blick auf Donald Trump ist anzumerken, er hat Europa mit seiner Politik zusammengeführt. Vizepräsident J. D. Vance agiert einem Mephistopheles gleich. Zwei politische Richtungen, „primacists“ und „restrainers“, stehen einander gegenüber. Trump wirkt in seiner zweiten Amtszeit entschlossen
- › Wirtschaft und Wissenschaft in Europa könnten von dem „Brain Drain“ profitieren, den der Kampf der US-Administration gegen die Wissenschaftsfreiheit nach sich ziehen wird und sollten – gerade auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz – Wissenschaftlern entsprechende Angebote machen.
- › Die politische Mitte und der Konservatismus haben sich den politischen Parteien des rechten Rands nicht genug entgegengestellt und zu spät auf Krisen reagiert. Allerdings errichtet auch die AfD eine eigene Brandmauer, da sie – trotz laut vorgetragener gegenteiliger Bekundungen – nicht wirklich an einer Regierungsbeteiligung interessiert ist, da dies zu Flügelkämpfen führen wird.

## Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Die Sicherheit Europas – „Whatever it takes“ .....	2
In der Debatte: Außenpolitik unter Trump 2.0 – „There’s a new sheriff in town“ .....	6
In der Debatte: Wirtschaft – Wissenschaft.....	10
In der Debatte: Populismus – Konservatismus .....	11
Rezensionen .....	14
Impressum.....	16

## In der Debatte: Die Sicherheit Europas – „Whatever it takes“

Das *Editorial Board* der *Financial Times*<sup>1</sup> befasst sich mit dem „Wiedererwachen“ Deutschlands und konstatiert, die Vereinbarung zwischen Union und SPD zur Aufhebung der Schuldenbremse könnte der vielleicht wichtigste Anreiz seit der Wiedervereinigung 1990 sein. Die Bereitschaft, alte Meinungen über Bord zu werfen, wenn sich die Fakten ändern, sei als ein Zeichen von Führung zu werten. Merz und seinen möglichen Koalitionspartnern müsse Anerkennung dafür gezollt werden, dass sie die Realitäten der Welt unter Trump erkannt und schnell reagiert hätten, anstatt – wie in anderen EU-Hauptstädte befürchtet worden sei – Monate mit Streit und Unentschlossenheit zu verbringen. Nun bleibe abzuwarten, ob Deutschland wirklich bereit sei, nicht nur einen finanziellen Beitrag zu leisten, sondern auch strategische Führung zu übernehmen.

*Eric Gujer* betont in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>2</sup>, Deutschland müsse sich mit Blick auf die Außenpolitik endlich der Realpolitik zuwenden, seine Rolle als „Trittbrettfahrer“ aufgeben und nicht mehr dem „Stabilitätsfetischismus“ huldigen: „Eine Grossmacht kann nicht Kleinstaat spielen. Auch wenn sich die Grossmacht die Augen zuhält, schauen die anderen sie an und erwarten Orientierung. Seit dem Fall der Berliner Mauer wollte das wiedervereinigte Land diese einfache Wahrheit nicht wahrhaben. Doch die friedliche Ära der Freiheit nach dem Ende des Kalten Kriegs ist vorbei. Jetzt herrscht die Ära des Dschungels mit Amerika, Russland und China als Raubtieren. Das alles ist seit Jahren evident, und doch lebte Berlin reichlich gedankenlos in den Tag hinein.“ Deutschland müsse dringend sein „Wolkenkuckucksheim“ verlassen, denn „wenn das nicht gelingt, werden sich die Aussichten für Europa weiter verdüstern“.

Der Historiker *Hans-Christof Kraus* erläutert in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>3</sup>, warum die Idee einer „regelbasierten Ordnung“, an die viele westlicher Politiker und Völkerrechtler über Jahre hinweg geglaubt hätten, sich als „Illusion“ erwiesen habe: „Die jahrzehntelang gültige völkerrechtliche Regel, dass feststehende Staatsgrenzen nur in beiderseitigem Einvernehmen abgeändert werden dürfen, kann nur so lange Gültigkeit haben, wie die politisch-militärisch stärksten Mächte der Welt sie anzuerkennen bereit sind.“ Seit dem Ende des Kalten Krieges aber hätten „die starren Grenzen zwischen den vormaligen weltpolitischen Lagern“ keine Gültigkeit mehr, Einflussbereiche würden neu festgelegt. Die USA, Russland und China seien daran interessiert, hier besonders gut abzuschneiden: „In diesem Zusammenhang muss Trump das feste Bündnis mit den auf das Völkerrecht pochenden Europäern als störend empfinden. Stattdessen bietet sich eine Allianz mit den ähnlich tickenden Russen an – wenn nötig um den Preis, die Ukraine fallenzulassen. Statt einer auf festen Regeln basierenden Weltordnung gilt das fluide System der Macht des Stärkeren. Und eine neue amerikanisch-russische Verständigung könnte darüber hinaus die aus Washingtoner Sicht eher ungünstige enge russisch-chinesische Bindung möglicherweise erheblich lockern.“ Europa könne sich deshalb nicht mehr

<sup>1</sup> The FT View, The reawakening of Germany, Financial Times, 5.3.2025.

<sup>2</sup> Eric Gujer, Die ratlose Grossmacht, NZZ, 1.3.2025.

<sup>3</sup> Hans-Christof Kraus, Die ‚regelbasierte‘ Weltordnung ist eine Illusion, NZZ, 4.3.2025.

auf amerikanische Zusagen im Rahmen der Nato verlassen und müsse einen eigenen „Machtkern“ aufbauen.

*Tim Marshall*, Autor des Buches „Prisoners of Geography“, wirft den Europäern in der *Sunday Times*<sup>4</sup> vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt und sich dem Glauben an eine dauerhaft stabile Ära nach Ende des Kalten Kriegs hingegeben zu haben. Auch diejenigen, die die Gefahren richtig eingeschätzt hätten, die ein gedemütigtes Russland in Verbindung mit Putins Großmachtansprüchen nach sich ziehen würden, hätten sich – trotz aller US-amerikanischer Warnungen im Lauf der Jahre – weiterhin darauf verlassen, dass die USA sich als zuständig für den Schutz Europas ansehen würden. Die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Ordnung habe schon längere Zeit Risse aufgewiesen. Während Russland versuche, die Uhren zurückzudrehen und die Ukraine und Belarus als Vasallenstaaten zu etablieren, hätten die USA ihr Interesse auf den indo-pazifischen Raum ausgerichtet. Europa habe den Kopf in den Sand gesteckt, die Militärbudgets seien zusammengestrichen worden, nun sei man an einem Wendepunkt angekommen: „We have arrived at a time when the decisions made this year will shape the next decades. If the European wing of Nato can be invigorated, if defence budgets rise and meaningful investment is made, then perhaps the next American administration can be persuaded that the transatlantic alliance is worth saving. If not, the chronicle of its death, long foretold, will reach the last chapter.“

*Andreas Rödter* schreibt in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>5</sup> über die „Herausforderungen der Gegenwart“ und fragt sich, ob die Bundesrepublik handlungsfähig sei. Das Parteiensystem sei in Bewegung geraten, durch „Performanzprobleme“ in den letzten 15 Jahren habe sich die Politik in Sachen Energiewende, Migration und Verteidigung selbst gelähmt. Zudem befinde sich das Land in einer Wirtschaftskrise. Dazu komme die Unsicherheit, in welche Richtung die USA sich entwickeln werden, „ob die USA auf der Basis der liberalen Ordnung bleiben oder ob auch sie auf offen imperiale Ordnungsvorstellungen umschwenken. Dann hätte die ‚Zeitenwende‘ nicht nur einen neuen Ost-West-Konflikt, sondern eine neue imperiale Ordnung eingeleitet, die den europäischen Werten diametral widerspräche.“ Deutschland müsse eine Führungsrolle einnehmen, um diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

Im *Figaro*<sup>6</sup> weist der Philosoph *Pierre Manent* darauf hin, dass die Distanzierung der USA von Europa schon seit längerem im Gang sei, das Engagement auf dem Kontinent werde zunehmend als Last empfunden. Auch wenn die russische Aggression den Schutz Amerikas notwendiger denn je mache, so sei darauf kein Verlass mehr. Europa dürfe sich aber nicht entmutigen lassen, denn die Ereignisse der letzten drei Jahre seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hätten die russischen Schwächen ans Licht gebracht, Finnland und Schweden seien der Nato beigetreten, Frankreich und Großbritannien hätten ihre historische Allianz erneuert. Man sollte sich mit Blick auf Europa immer vor Augen halten: „L’Europe, c’est ce que nous défendons en défendant l’Ukraine. Si nous parvenons à aider l’Ukraine à infliger un échec

---

<sup>4</sup> Tim Marshall, How Europe forgot its history and sleepwalked into crisis, *The Sunday Times*, 23.2.2025. [„Wir sind in einer Zeit angelangt, in der die Entscheidungen, die in diesem Jahr getroffen werden, die nächsten Jahrzehnte prägen werden. Wenn es gelingt, den europäischen Flügel der Nato zu stärken, wenn die Verteidigungshaushalte steigen und sinnvolle Investitionen getätigt werden, dann kann vielleicht die nächste amerikanische Regierung davon überzeugt werden, dass das transatlantische Bündnis es wert ist, gerettet zu werden. Wenn nicht, wird die lange vorhergesagte Chronik seines Todes das letzte Kapitel erreichen.“]

<sup>5</sup> Andreas Rödter, Die Herausforderungen der Gegenwart, *NZZ*, 3.3.2025.

<sup>6</sup> Pierre Manent, La construction européenne a cru vivre selon la justice en oubliant la force, *Le Figaro*, 4.3.2025. [„Europa ist das, was wir verteidigen, indem wir die Ukraine verteidigen. Wenn es uns gelingt, der Ukraine zu helfen, Russland eine demütigende Niederlage zuzufügen, dann haben wir dazu beigetragen, die Unabhängigkeit einer jungen und alten europäischen Nation zusammen mit der Europas zu festigen, aber wir haben Russland auch den größten Dienst erwiesen, indem wir es gezwungen haben, ein sinnloses Abenteuer aufzugeben, das für seine Nachbarn verheerend ist und für sich selbst erschöpfend und unehrenhaft.“]

mortifiant à la Russie, nous aurons contribué à consolider l'indépendance d'une jeune et ancienne nation européenne, en même temps que celle de l'Europe, mais aussi rendu à la Russie le plus grand service, en la forçant à renoncer à une aventure insensée, dévastatrice pour ses voisins, et pour elle-même épuisante et déshonorante."

„Der 28. Februar 2025, der Tag des Clashes im Weißen Haus, hat weltpolitisch eine ähnlich große Bedeutung wie der 24. Februar 2022, als Wladimir Putin die Ukraine überfiel. Putin legte mit seinem Krieg offen, wie fragil Europas Sicherheit ist. Drei Jahre später demonstriert Trump in brutaler Klarheit, dass Europa auf sich allein gestellt ist" schreibt *Mathieu von Rohr* im *Spiegel*<sup>7</sup>. Europa müsse nun endlich erwachsen werden, für seine eigene Verteidigung sorgen und Bündnisse schmieden: „Die Europäer müssen gemeinsam planen, gemeinsam beschaffen und geheimdienstliche Fähigkeiten aufbauen. Und natürlich kann ein Europa, das ernst genommen werden will, keine Außenpolitik betreiben, die ein einzelner Mitgliedstaat wie Ungarn torpedieren kann. Es braucht Koalitionen der Willigen, auch mit Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien oder der Türkei."

*Jens Münchrath* fordert im *Handelsblatt*<sup>8</sup> die Bildung einer „Verteidigungsallianz“ mit Stärkung des europäischen Flügels der Nato. Die „Hauptverantwortung“ für deren Zustandekommen sieht er bei Deutschland unter der Führung von Friedrich Merz angesiedelt: „Diese Verteidigungsallianz gilt es, zusätzlich und neben den bisherigen Institutionen wie Euro-Zone oder europäischer Binnenmarkt, als eigenständige Institution zu gründen. Die Atommacht Großbritannien ist mit ihrer großen außen- und sicherheitspolitischen Tradition ebenso unverzichtbar wie ein Ungarn, das innerhalb der EU als fünfte Kolonne Moskaus agiert."

Auch *Heinrich August Winkler* fordert in der *FAZ*<sup>9</sup> mit Blick auf den Eklat um den ukrainischen Präsidenten in Washington, der „den Bruch der westlichen Wertegemeinschaft für alle sichtbar gemacht“ habe, die Schaffung eines neuen europäischen Verteidigungsbündnisses unter Einbeziehung Kanadas. Auch wenn sich das „Ende des transatlantischen Jahrhunderts“ schon länger abgezeichnet hätte, stelle das Jahr 2025 eine der tiefsten Zäsuren in der Geschichte dar, die USA verabschiedeten sich von der regelbasierten Ordnung, die sie selbst ins Leben gerufen hätten: „Die Europäer werden infolgedessen eine Doppelstrategie entwickeln müssen: Nüchterne Anerkennung der realen Machtverhältnisse in Washington und pragmatische Kooperation mit den derzeit Regierenden, verbunden mit festem Beharren auf den unveräußerlichen Wertmaßstäben des Westens, wie sie von den Gründervätern der USA entwickelt und vom amerikanischen Volk erkämpft wurden."

In der *Financial Times*<sup>10</sup> stellt *Gideon Rachman* ironisch fest, Trump habe keinerlei Aussicht, den Friedensnobelpreis zu erhalten, aber als Anwärter auf den Karlspreis könne er durchaus in Betracht gezogen werden. Schließlich habe er den europäischen Kontinent auf dem Weg zur Einigung ein gutes Stück vorangebracht: „The US president has courted Russia, undermined faith in the Nato alliance, threatened the EU with tariffs and boosted the far right in Europe. All this has had a galvanising effect on the EU. Fundamental steps towards greater European unity – stalled for decades – are now under way." Zudem habe er eine Post-Brexit-Annäherung zwischen Großbritannien und Frankreich befördert, Keir Starmer und Emmanuel Macron würden nun eng zusammenarbeiten und könnten mit Friedrich Merz ein Triumvirat

<sup>7</sup> Mathieu von Rohr, Amerika ist jetzt ein Gegenspieler, *Der Spiegel*, 7.3.2025.

<sup>8</sup> Jens Münchrath, Nach dem Washington-Eklat ist die Zeit der Selbstbeschwörungen vorbei, *Handelsblatt*, 2.3.2025.

<sup>9</sup> Heinrich August Winkler, Verrat auf offener Bühne, *FAZ*, 4.3.2025.

<sup>10</sup> Gideon Rachman, Trump is making Europe great again, *Financial Times*, 10.3.2025. [„Der US-Präsident hat Russland hofiert, das Vertrauen in das Nato-Bündnis untergraben, die EU mit Zöllen bedroht und die extreme Rechte in Europa gestärkt. All dies hat eine aufrüttelnde Wirkung auf die EU gehabt. Grundlegende Schritte hin zu mehr europäischer Einigung, die jahrzehntelang ins Stocken geraten waren, sind auf dem Weg.“]

bilden. Europa habe nun die Chance zu beweisen, dass es ein stabileres Umfeld für die Wirtschaft bilde als Trumps Amerika. Großbritannien könne sich an einem europäischen Verteidigungsfond beteiligen und damit die Zusammenarbeit mit der EU stärken, ohne die Büchse der Pandora namens Brexit neu zu öffnen. Alle großen Sprünge vorwärts in Richtung europäische Einigung seien durch geopolitische Erschütterungen verursacht worden, das Ende des Zweiten Weltkriegs, das Ende des Kalten Krieges. Nun, dank Trump, scheine das Ende des transatlantischen Bündnisses gekommen zu sein. Europa habe auf die beiden letzten großen Herausforderungen mit Stärke und Erfindergeist reagiert und dies könne es wieder schaffen.

Emma Duncan konstatiert in der *Times*<sup>11</sup>, „Trump could actually Make Europe Great Again“. Europa stehe den USA in nichts nach. Um die Verteidigungskosten bezahlen zu können, müssten die Europäer nur dafür sorgen, dass ihre Volkswirtschaften besser funktionierten. Die Bevölkerung Europas sei außerdem größer als die der USA und die Wirtschaft in etwa gleich groß, so dass die Vorstellung, dass Europa sich seine Verteidigung nicht leisten könne, absurd. Das Problem sei, dass das Leben unter amerikanischem Schutz ein gewisses Maß an Selbstgefälligkeit erzeugt habe, das nicht unproblematisch gewesen sei. Wichtig sei, dass alle Staaten bereit seien, bei den Sozialausgaben zu kürzen. Zudem sei Deutschland bereit, den von Trump hingeworfenen Fehdehandschuh aufzugreifen und mehr für die Verteidigung auszugeben. Trumps erratische Zoll- und Wirtschaftspolitik zeige auch erste negative Auswirkungen auf die USA selbst, dort drohten Rezession und Stagflation: „The EU has the opportunity to create a large and liquid debt market that would undermine America’s dominance of the global financial system. Perhaps Europe really will screw the United States. MEGA!“

„Die gute Nachricht in der bösen Perspektive ist: Auch wir können das Spiel. Europa ist mächtig, wenn die mächtigen Europäer dies wollen. Wir haben das Geld, wir haben die Technik, wir haben die intellektuellen Voraussetzungen. Kurzum: Wir können unsere Macht genauso entwickeln wie die, die uns gerade übervorteilen möchten. Und wir können auch Musk, Zuckerberg und Bezos mit unserem Verhalten zu verstehen geben, dass sie sich etwa zwischen Europa und Russland entscheiden dürfen. Tesla und X sind Symbole für unsere Entscheidungsfreiheit, die viele derzeit nutzen“ konstatiert der Historiker *Magnus Brechtken* im *Handelsblatt*<sup>12</sup> mit Blick auf die aktuellen politischen Ereignisse und dem Vorgehen der USA. Dies bedeute aber auch, dass Europa den Willen zum gemeinsamen Handeln aufbringen und die Förderung der „Gegner im Innern“ – etwa Ungarn oder die Slowakei – konsequent beenden müsse, um alles zu geben für ein „Leben frei von Autokraten-Willkür“.

Der *Economist*<sup>13</sup> weist darauf hin, dass sich mittlerweile auch bislang überzeugte Atlantiker von den USA abwenden würden, ein Weg, den Frankreich schon nach der Suez-Krise eingeschlagen und der sich in der Regierungszeit von Charles de Gaulle verfestigt habe: „Paris is quietly smug. Emmanuel Macron, France’s president, has been warning fellow Europeans since he was first elected in 2017 about ‘a gradual and inevitable disengagement by the United States’, urging them to build ‘Europe’s autonomous operating capabilities’. Which may help explain why, as discombobulating as Mr Trump’s behaviour is, the French are less floored than other Europeans by the prospect of doing without America.“ Allerdings habe Frankreich mit Blick auf sein Verteidigungsbudget seinen Ankündigungen keine Taten folgen lassen.

---

<sup>11</sup> Emma Duncan, Trump could actually Make Europe Great Again, *The Times*, 6.3.2025. [„Die EU hat die Möglichkeit, einen großen und liquiden Schuldtitelmarkt zu schaffen, der die Dominanz Amerikas im globalen Finanzsystem untergraben würde. Vielleicht wird Europa die Vereinigten Staaten wirklich über den Tisch ziehen. MEGA!“]

<sup>12</sup> Magnus Brechtken, Europa muss zurückschlagen, *Handelsblatt*, 3.3.2025.

<sup>13</sup> Europe sounds increasingly French, *The Economist*, 6.3.2025. [„Paris ist leise selbstgefällig. Emmanuel Macron, Frankreichs Präsident, warnt seine europäischen Mitbürger seit seiner ersten Wahl im Jahr 2017 vor einem ‚allmählichen und unvermeidlichen Rückzug der Vereinigten Staaten‘ und fordert sie auf, ‚Europas autonome Handlungsfähigkeiten‘ aufzubauen. Das mag erklären, warum die Franzosen, so verwirrend das Verhalten von Herrn Trump auch ist, von der Aussicht, auf Amerika verzichten zu müssen, weniger überwältigt sind als andere Europäer.“]



## In der Debatte: Außenpolitik unter Trump 2.0 – „There’s a new sheriff in town“

George F. Will setzt sich in der *Washington Post*<sup>14</sup> kritisch mit den außenpolitischen Vorstößen der Trump-Administration auseinander und betrachtet die MAGA-Repräsentanten. Er merkt an, zu Vizepräsident Vance passe das von Winston Churchill auf John Foster Dulles gemünzte Bonmot, er sei „a bull who carries a china shop around with him“, während Außenminister Marco Rubio einfach nur jede Idee von Donald Trump gutheiße, sei es die Umbenennung des Golf von Mexiko oder die Eingliederung Kanadas als 51. Bundesstaat der USA. Elon Musk, der wie Trump Hyperaktivität mit Leistung verwechsle, sei, wie Trump unfähig, zu erkennen, dass seine unaufhörlichen Kommentare zu allem und jedem ihn nicht bedeutend erscheinen lassen.

Der Historiker Leonhard Horowski betrachtet im Gespräch mit *Zeit Online*<sup>15</sup>, den monarchischen Habitus, mit dem sich Donald Trump umgebe und merkt an: „Trump’s eigener Herrschaftsanspruch ist eine Auskoppelung seines persönlichen Narzissmus – weil ich der großartigste Ausnahmemensch bin, muss ich herrschen und damit mein Übermenschentum beweisen.“ Er beschreibt das „System Mar-a-Lago“ als völlig ideologiefrei und nur auf Reichtum ausgerichtet, denn nur dieser nötige Trump Respekt ab. In diesem System „möchte der Souverän dagegen den Staat am liebsten beseitigen. Das liegt einerseits an der traditionell extremen Staatsfeindlichkeit des amerikanischen Konservatismus. Trump persönlich sind all jene staatlichen Institutionen ein Dorn im Auge, die der Bereicherung der Eliten Grenzen auferlegen könnten. Sie sollen geschliffen werden, um staatliche Entscheidungen noch leichter mit einem Preisschild zu versehen.“ Es bestünde allerdings die Hoffnung, dass die MAGA-Bewegung an der eigenen Hybris scheitere, ähnlich dem Ancien Régime im vorrevolutionären Frankreich.

Mit Blick auf Vizepräsident J.D. Vance konstatiert Gerard Baker in der *Times*<sup>16</sup>, es sei ihm gelungen, schon jetzt einem Amt, das viele für überflüssig hielten, seinen ganz eigenen Stempel aufzudrücken mit einem Vorgehen, das an Bösartigkeit kaum zu überbieten sei und auch die niedrigsten Instinkte des Präsidenten unterstütze: „Whether insulting nations whose men and women have fought and died in wars at America’s behest, visiting allies in the middle of election campaigns to denounce them for being undemocratic, publicly haranguing the leader of a country fighting for its survival for expressing insufficient gratitude to a president who has repeatedly sought to cut off all assistance to that country, Vance has been a ubiquitous agent provocateur, a kind of Mephistophelean Zelig, popping up at every critical moment in Donald Trump’s young second term to nourish and fertilise the president’s worst instincts.“ Es sei klar, dass Vance das Amt des Präsidenten anstrebe, was einigen seiner Amtsvorgänger gelungen sei. Dies bedeute, dass er Trump gegenüber absolute Loyalität zur Schau stellen und gleichzeitig seine Ansprüche auf das Präsidentenamt zementieren müsse. Denn es bestehe auch die Gefahr, dass Trump versuchen könne, eine eigene politische Dynastie zu etablieren.

---

<sup>14</sup> George F. Will, This is American greatness only if you have a MAGA-nifying glass, *Washington Post*, 5.3.2025.

<sup>15</sup> Leonhard Horowski, „Die Selbstüberschätzung Trumps ist offensichtlich“, *Zeit Online*, 28.2.2025.

<sup>16</sup> Gerard Baker, Opportunist or sycophant? JD Vance is both, *The Times*, 6.3.2025. [„Ob es darum geht, Nationen zu beleidigen, deren Männer und Frauen auf Geheiß Amerikas in Kriegen gekämpft haben und gestorben sind, ob man mitten im Wahlkampf Verbündete besucht, um sie als undemokratisch zu denunzieren, ob man den Führer eines Landes, das um sein Überleben kämpft, öffentlich dafür kritisiert, dass er einem Präsidenten, der wiederholt versucht hat, jegliche Hilfe für dieses Land einzustellen, unzureichende Dankbarkeit zum Ausdruck gebracht hat, Vance war ein allgegenwärtiger Agent Provocateur, eine Art mephistophelischer Zelig, der in jedem kritischen Moment der jungen zweiten Amtszeit von Donald Trump auftauchte, um die schlimmsten Instinkte des Präsidenten zu nähren und zu befruchten.“]

Matthew Continetti betrachtet bei *The Free Press*<sup>17</sup> die von Trump eingeleitete „Revolution“ in der Außenpolitik. Die dramatischen Kehrtwenden – der Ankauf Grönlands, die Eingliederung Kanadas etc. – sei auf die Überzeugung zurückzuführen, dass das von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute System nicht mehr lebensfähig sei. Amerika unter Präsident Trump handle nicht mehr als Status-quo-Macht, sondern sei eine revisionistische Macht, die ebenso darauf bedacht sei, die Struktur der internationalen Beziehungen zu verändern, wie es Russland und China anstrebten. Zwei Denkrichtungen stünden einander gegenüber: „On one side of the fight are the so-called ‚primacists,‘ who insist that American leadership and greater defense can revive the postwar order. On the other side are ‚restrainers,‘ who counter that America should reduce its overseas commitments and adopt balance-of-power diplomacy toward China and Russia. Primacists tend to be hawks and are often disparaged, incorrectly, as ‚neocons‘. [...] Restrainers are doves. Trump sides with the restrainers – for the moment.“ Die Trump-Administration sei von loyalen „Restrainers“ besetzt, von denen J.D. Vance der bekannteste sei. Die Tatsache, dass Trump besonderen Wert auf Loyalität lege, habe viel unerfahrenes Personal in die Führungsetagen gebracht, dessen Fehlentscheidungen schwerwiegende Folgen haben könne, da sie das Wesen der Feinde Amerikas falsch einschätzen. Putin, Xi, Khamenei und Kim seien keine eigennützigen, rationalen Akteure, sondern mit Raubtieren vergleichbar, die auf ihre Beute warteten.

Michael Fullilove, Direktor des Lowy Instituts (Sydney), geht in der *Financial Times*<sup>18</sup> der Frage nach, welche Konsequenzen die Politik Trumps für den indo-pazifischen Raum haben werde mit Blick auf die chinesischen Großmachtbestrebungen. Alles zwischen Kooperation und Konfrontation könne möglich sein. Noch gebe es wenig Anzeichen dafür, dass Trump sich mit dem Kreml anfreunden werde, um einen Keil zwischen Russland und China zu treiben. Auf jeden Fall hätten sowohl Putin als auch Xi klargestellt, dass dies nicht wahr werde: „Trump may be tempted by a deal with China, especially if Beijing were to provide a term sheet tailored to his America First worldview. It’s early days, and a grand bargain would be hard to strike and even harder to maintain. Still, imagine if Xi promised to invest and manufacture more in the US and export less, in return for getting more elbow room in its own neighbourhood. Imagine if Xi turns out to be as skilful as Putin in handling Trump.“

„Donald Trump entwickelt sich vielmehr zum unamerikanischsten aller Präsidenten, zu einer echten Gefahr für die Einheit des Landes, die Ordnung der Welt – und womöglich den Weltfrieden“, bilanziert Stefan Kornelius in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>19</sup>. Trump sei immer schon ein Isolationist gewesen, der die Idee der Pax Americana als „Übervorteilung“ empfunden habe. „Amerika ist plötzlich eine revisionistische Macht, die von Unterdrückung und Einschüchterung lebt“, die Zeiten, in denen die USA für Stabilität gesorgt hätten, seien endgültig vorbei, dies hätten die Ukraine und ihr Präsident vor laufenden Kameras schmerzlich erfahren

---

<sup>17</sup> Matthew Continetti, Trump’s Foreign Policy Revolution, *The Free Press*, 24.2.2025. [„Auf der einen Seite des Kampfes stehen die sogenannten ‚Primazisten‘, die darauf bestehen, dass die amerikanische Führung und eine stärkere Verteidigung die Nachkriegsordnung wiederbeleben können. Auf der anderen Seite gibt es ‚Zurückhaltende‘, die entgegnen, dass Amerika seine Verpflichtungen in Übersee reduzieren und eine Diplomatie des Kräftegleichgewichts gegenüber China und Russland einführen sollte. Primazisten neigen dazu, Falken zu sein und werden oft fälschlicherweise als ‚Neokonservative‘ verunglimpft. (...) ‚Zurückhaltende‘ sind Tauben. Trump stellt sich auf die Seite der Zurückhaltenden – vorerst.“]

<sup>18</sup> Michael Fullilove, The Indo-Pacific grapples with a reckless China and feckless US, *Financial Times*, 14.3.2025. [„Ein Deal mit China könnte Trump in Versuchung führen, vor allem, wenn Peking ein Term Sheet vorlegen würde, das auf seine America-First-Weltanschauung zugeschnitten ist. Es ist noch früh, und ein großes Abkommen wäre schwer zu schließen und noch schwieriger aufrechtzuerhalten. Stellen Sie sich jedoch vor, Xi würde versprechen, mehr in den USA zu investieren und zu produzieren und weniger zu exportieren, um im Gegenzug mehr Spielraum in seiner eigenen Nachbarschaft zu erhalten. Stellen Sie sich vor, Xi erweist sich als genauso geschickt wie Putin im Umgang mit Trump.“]

<sup>19</sup> Stefan Kornelius, Der Zerstörer, *SZ*, 3.3.2025.

müssen, „der Normsetzer der Ordnung entwickelt sich zum Zerstörer. Der strategische Albtraum hat begonnen.“

Herfried Münkler vergleicht in der *Welt am Sonntag*<sup>20</sup> die Zurschaustellung des ukrainischen Präsidenten im Oval Office mit einem „Tribunal“, das jedem ganz deutlich vor Augen geführt habe, „dass die USA sich aus dem wohlwollenden Hegemon der westlichen Welt in eine rabiate imperialistische Macht verwandelt“ hätten. Die Herrschaft der Imperien sei damit wieder zurückgekehrt, Russland strebe die Kontrolle über das Schwarze Meer und die baltischen Staaten an, China wolle das „Reich der Mitte“ wiedererstehen lassen und – so der Plan von Xi Jinping – zur „weltweit dominierenden Macht“ werden. J. D. Vance sei Vertreter der Strategie, die versuche, Russland auf die Seite der USA zu ziehen und gegen China zu positionieren, eine Strategie die voller Unwägbarkeiten sei und vor allem dazu führen könne, dass die Europäer, von denen sich die USA wertepolitisch abkehrten, die Nähe Chinas suchen könnten. Trump dagegen verfolge keine Strategie: „Anstatt einer strategischen Leitlinie folgt er dem Imperativ des Deal making, also einem opportunistischen Ausnutzen von sich bietenden Gelegenheiten. Die Festlegung auf eine Strategie ist in Trumps Sicht nur eine Behinderung solcher Deals. Dementsprechend hat bei ihm oft schon morgen keine Gültigkeit mehr, was er gestern gesagt hat. Die vermutlich einzige Konstante seines Agierens ist ein übergroßes Ego, das umschmeichelt werden will und das, sobald es auf Widerspruch gestoßen ist, auf Rache und Vergeltung sinnt.“ Dies alles können einen Machtverlust der USA nach sich ziehen. Die Europäer selbst müssten sich dringend auf ihre eigenen Werte besinnen und lernen, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen, um Russland und den USA Paroli zu bieten.

Im *Atlantic*<sup>21</sup> begründet Franklin Foer, warum Putin mit der Hilfe von Donald Trump in der Rolle des Siegers posieren könne. Putin habe gewonnen, weil er die Vorteile der Autokratie geschickt ausgenutzt habe. Seine beinahe vollständige Kontrolle über sein eigenes Staatswesen ermögliche es ihm, die wirtschaftlichen Verluste durch die Sanktionen hinzunehmen, bis der Westen das Interesse daran endlich verlieren werde. Sein Mangel an Schuldgefühlen erlaube es ihm, Leichen auf dem Schlachtfeld zu opfern, ohne einen Funken Reue zu empfinden – ein Vorteil an entbehrlichen Leichen, mit dem die Ukraine nie mithalten könne. Im Vertrauen auf die Beständigkeit seiner Macht habe er geduldig auf seine demokratischen Feinde gewartet und zu Recht darauf gewettet, dass ihre leicht ablenkbare Öffentlichkeit das Interesse an Stellvertreterkriegen gegen ihn verlieren würde. Er habe die westlichen Gesellschaften korrekt eingeschätzt. Unter Rückgriff auf das alte KGB-Drehbuch, das er als Offizier des sowjetischen Geheimdienstes verinnerlicht habe, habe Russland begonnen, sich in Wahlen in ganz Europa einzumischen, bevorzugte Kandidaten illegal zu finanzieren, die sozialen Medien zu nutzen, um Verschwörungstheorien zu verbreiten, Fernsehsender und Radiosender zu gründen, um seine Botschaften in die amerikanischen und europäischen Kernländer zu tragen. Putin habe sein eigenes loses Netzwerk von Bewunderern, zu denen etwa Marine Le Pen, Tucker Carlson oder Steve Bannon gehörten. Die Tatsache, dass so viele Mitglieder der westlichen Eliten ihn verabscheuten, reizte diese ausländischen Bewunderer. Es sei erschreckend zu sehen, wie viele seiner Ziele er schon erreicht habe und wie sehr es ihm gelungen sei, die westlichen Demokratien zu diskreditieren, die Nato und die EU von innen heraus auszuhöhlen: „The Russian leader's rise wasn't uninterrupted, but the ledger is filled with his victories, beginning with Brexit, an event he deeply desired and worked to make happen. That was a mere omen. His

<sup>20</sup> Herfried Münkler, Riss in der Weltordnung, *Welt am Sonntag*, 8.3.2025.

<sup>21</sup> Franklin Foer, Putin Won, *The Atlantic*, 8.3.2025. [„Der Aufstieg des russischen Staatschefs war nicht ununterbrochen, aber die Bilanz ist voll von seinen Siegen, angefangen mit dem Brexit, einem Ereignis, das er sich zutiefst gewünscht und für dessen Verwirklichung er gearbeitet hat. Das war ein reines Omen. Seine populistischen Verbündeten in Frankreich und Deutschland bilden heute die mächtigsten Oppositionsblöcke in diesen Ländern. Innerhalb der Europäischen Union kann er sich darauf verlassen, dass Viktor Orbán Brüssel in die Schranken weisen wird, wenn es bereit ist, gegen russische Interessen vorzugehen.“]



populist allies in France and Germany now constitute the most powerful opposition blocs in those countries. Within the European Union, he can count on Viktor Orbán to stymie Brussels when it is poised to act against Russian interests.“ Seine Anhänger könne er nun sogar darauf hinweisen, die westlichen Werte seien so wenig ansprechend, dass sich sogar die USA davon entfernten.

Der Politikwissenschaftler *Joseph Nye* setzt sich in seinem Essay in der *Financial Times*<sup>22</sup> mit den Auswirkungen auf die Soft Power der USA seit Amtsantritt der Trump-Administration auseinander. Der von ihm geprägte Begriff beinhalte, die Soft Power einer Nation beruhe auf ihrer Kultur, ihren Werten und ihrer Politik, wenn sie von anderen als legitim angesehen werden soll. Diese Legitimität werde davon beeinflusst, ob die Handlungen einer Nation als übereinstimmend oder als widersprüchlich mit weit verbreiteten Werten wahrgenommen würden. Den Wert und die Bedeutung der von Trump wenig geschätzten Soft Power habe sogar China erkannt und diese in seine Politik eingebaut, bislang allerdings nur mit mäßigem Erfolg, bedingt auch durch territoriale Dispute mit seinen Nachbarn. Den USA sei es in der Vergangenheit immer wieder gelungen, Einbrüche im Ansehen, etwa durch die Kriege in Vietnam und im Irak, auszugleichen und sie habe auch Reformbereitschaft demonstriert, etwa in den Jahren nach den Rassenprotesten in den 1960er Jahren. Allerdings stehe die amerikanische Demokratie im Augenblick schlecht da und werde durch Trumps Aktionen ausgehöhlt: „Soft power is only part of a country's power. It must be combined with hard power in ways that are mutually reinforcing rather than contradictory. And democratic values are not the only source of soft power. A reputation for being benevolent and competent also generates attraction. But legitimacy matters, and for much of the world where democracy and rights are important, a country's alignment with those values is a vital source of soft power. True realism does not neglect liberal values or soft power. But extreme narcissists such as Trump are not true realists, and American soft power will have a hard time during the next four years.“

Im *New Yorker*<sup>23</sup> betrachtet *Susan B. Glasser* den Regierungsstil Donald Trumps, den sie als „vorhersehbar unvorhersehbar“ charakterisiert. Trump liebe es so sehr, alle im Ungewissen zu lassen, dass man dieses Vorgehen als den wichtigsten Leitsatz seiner Präsidentschaft bezeichnen könne. Seine Doppelzüngigkeit, das absichtliche Durcheinander und seine endlosen Zweideutigkeiten darüber, wie ernst seine Äußerungen zu nehmen seien, dienten dazu, Türen offen zu halten und eine glaubhafte Abstreitbarkeit zu wahren. Erschreckend sei nicht die Radikalität der Agenda des Präsidenten, sondern wie schnell Trump damit begonnen habe, diese umzusetzen: „It has become harder and harder to rationalize his words away as merely the empty posturings of an accidental President. For the first time in the more than eight years that he has dominated our politics, America – and the rest of the world – is coming to terms with the idea that Donald Trump might really mean it.“

---

<sup>22</sup> Joseph Nye, Trump and the end of American soft power, *Financial Times*, 8.3.2025. [„Soft Power ist nur ein Teil der Macht eines Landes. Sie muss mit harter Macht auf eine Weise kombiniert werden, die sich gegenseitig verstärkt und nicht im Widerspruch steht. Und demokratische Werte sind nicht die einzige Quelle von Soft Power. Der Ruf, wohlwollend und kompetent zu sein, erzeugt ebenfalls Anziehungskraft. Aber Legitimität ist wichtig, und für einen Großteil der Welt, in denen Demokratie und Rechte wichtig sind, ist die Ausrichtung eines Landes an diesen Werten eine wichtige Quelle für Soft Power. Wahrer Realismus vernachlässigt nicht liberale Werte oder Soft Power. Aber extreme Narzissten wie Trump sind keine wahren Realisten, und die amerikanische Soft Power wird es in den nächsten vier Jahren schwer haben.“]

<sup>23</sup> Susan B. Glasser, Uncertainty Is Trump's Brand. But What if He Already Told Us Exactly What He's Going to Do?, *The New Yorker*, 13.3.2025. [„Es ist immer schwieriger geworden, seine Worte als leere Posen eines zufälligen Präsidenten abzutun. Zum ersten Mal in den mehr als acht Jahren, in denen er unsere Politik dominiert hat, findet sich Amerika – und der Rest der Welt – mit dem Gedanken ab, dass Donald Trump es wirklich ernst meinen könnte.“]

## In der Debatte: Wirtschaft – Wissenschaft

Sebastian Matthes stellt im *Handelsblatt*<sup>24</sup> fest, dank dem Vorgehen Trumps beginne sich Europa neu aufzustellen. Die EU habe einst als „Sehnsuchtsort“ gegolten, „eine Mitgliedschaft bedeutete Wachstum, Stabilität, eine bessere Zukunft. Europa war ein Magnet, ein Versprechen für Wohlstand und Fortschritt. Deshalb kamen erst die südeuropäischen Länder, später die Staaten Osteuropas hinzu.“ Dies habe sich im Lauf der Jahre ins Gegenteil verkehrt, die Gemeinschaft habe sich in ein „bürokratisches Regelwerk“ verwandelt, das zunehmend weniger Vertrauen in seine Institutionen erwecken konnte, deren Vorgehen eher als Einmischung in den Alltag der Bürger empfunden wurde. Nun bestehe die große Chance, die Gemeinschaft neu aufzustellen und das zu schaffen, was Donald Trump, der die EU als „antiamerikanisches Projekt“ empfinde, nicht wolle, ein „starkes Europa“. Nicht nur könne es wieder gelingen, Großbritannien „mit all seiner außenpolitischen und marktwirtschaftlichen Tradition an Kontinentaleuropa“ erneut anzubinden, sondern auch die technologische Unabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeit herzustellen: „Sicherheit kann es dauerhaft nur mit einer starken Wirtschaft geben. Und die braucht Reformen, sowohl in Brüssel wie auch in Berlin. Reformen sind genauso wichtig wie Rüstungspakete. Sobald die EU Klarheit über die sicherheitspolitische Strategie hat, braucht ganz Europa eine Wirtschaftswende – mit Impulsen aus Deutschland.“ Zudem kündige sich im Wissenschaftsbereich eine umgekehrte Bewegung an, eine zunehmende Zahl von amerikanischen Forschern zeigten Interesse daran, ihre Arbeit nach Europa zu verlagern, „zwar sind hier die Forschungsbudgets kleiner, aber die Wissenschaftler müssen nicht mit Eingriffen in ihre Arbeit rechnen, wenn diese der Regierung nicht passt“.

Markus Städeli konstatiert in der *NZZ am Sonntag*<sup>25</sup>, es gebe durchaus noch Hoffnung, dass Europa im Bereich der Künstlichen Intelligenz in einer der vorderen Reihen mitspielen könne. Dazu sei aber ein Umdenken erforderlich: „Wenn hiesige Unternehmen, Forscher und Investoren nicht deutlich risikofreudiger und entschlossener agieren, als sie das in der Vergangenheit getan haben, werden sie auch bei den lukrativen Anwendungen dieser Technologien keine Rolle spielen.“

Es gebe zwar wenig Grund, die Abkühlung der Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union zu bejubeln, konstatiert der *Economist*<sup>26</sup>, aber in der schnell wachsenden Welt der künstlichen Intelligenz könnte sich dies für das französische KI-Start up Mistral als positiv erweisen: „But as the number of AI models grows, and the difference between the best shrinks ever further, a spot of patriotism might be enough to keep the money coming in and the models humming.“

Im *Handelsblatt*<sup>27</sup> weist Thomas Hanke darauf hin, dass das Vorgehen Donald Trumps gegen Wissenschaft und Forschung im eigenen Land zu einem „Brain-Drain“ führen könne, dessen Nutznießer Europa sein könnte. Der Bundesregierung werde geraten, schnell ein Anwerbeprogramm für Wissenschaftler aufzulegen, um als „lachender Dritter“ zu profitieren.

Joseph C. Sternberg merkt im *Wall Street Journal*<sup>28</sup> an, dass just zu dem Zeitpunkt, als es so ausgesehen habe, als ob niemand die seit langem stagnierenden Volkswirtschaften Europas

<sup>24</sup> Sebastian Matthes, Trump macht Europa groß again, *Handelsblatt*, 14.3.2025.

<sup>25</sup> Markus Städeli, Europa hat den Wettlauf um die künstliche Intelligenz noch nicht verloren, *NZZ am Sonntag*, 23.2.2025.

<sup>26</sup> Mistral, Europe's biggest AI startup, is blowing hot, *The Economist*, 6.3.2025. [„Aber wenn die Anzahl der KI-Modelle wächst und der Unterschied zwischen den besten immer weiter schrumpft, könnte ein Hauch von Patriotismus ausreichen, um das Geld zu erhalten und die Modelle am Laufen zu halten.“]

<sup>27</sup> Thomas Hanke, Bedrohung für die US-Forschungslandschaft, *Handelsblatt*, 7.3.2025.

<sup>28</sup> Joseph C. Sternberg, Putin and Trump May Rescue Europe's Economy, *Wall Street Journal*, 13.3.2025. [„Eine unterschätzte Folge der Wende Europas von der Waffe zur Butter nach 1991 ist, dass der Kontinent

retten könne, „an unlikely pair of white knights has emerged: Vladimir Putin and Donald Trump“. Beide seien daran beteiligt, die wohl bedeutendste wirtschaftliche Neuausrichtung des europäischen Kontinents seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auszulösen. Die Ursache dafür werde Europas verspätete Aufrüstungsoffensive sein. Dabei hänge es weniger davon ab, wie viel Europa zahlen wird, als vielmehr davon, wie Europa es bezahlen werde. Das heißt, die klammen europäischen Regierungen werden ihre Wohlfahrtsstaaten schrumpfen müssen, um ihren Verteidigungsausbau zu finanzieren. Die angebotsseitigen Vorteile für das Wirtschaftswachstum könnten daher groß sein: „An underappreciated consequence of Europe's turn from guns to butter after 1991 is that the Continent ended up getting less butter in addition to fewer guns as welfare bloat suffocated economic growth. Perhaps Europe is about to find out if the reverse can also be true.“

In der *Financial Times*<sup>29</sup> bemerkt *Janan Ganesh*, Europa müsse seine Sozialausgaben beschneiden, um seine Rüstungsausgaben finanzieren zu können. Dies könne in Krisenzeiten, in einem Bedrohungsszenario gepaart mit echter Angst, leichter zu vermitteln sein. Dazu kommen auch positive soziale Aspekte für die Gesellschaft: „Defence itself has welfarist properties. The US military doubles up as a vocational trainer, college degree sponsor and above all employer, quite often in less gilded states such as Kansas and Kentucky, which host army bases. If European defence budgets edge towards 4 per cent of GDP, the potential for their social function to grow with it isn't trifling.“ Wirtschaftliche Aspekte aber seien ein zweitrangiger Aspekt der Verteidigung. Prioritär sei es, das Überleben zu garantieren. Europa dürfe nie wieder in eine Lage geraten, in der Leute wie US-Vizepräsident J. D. Vance über Leben und Tod entscheiden könnten.

## In der Debatte: Populismus – Konservatismus

Im *Focus*<sup>30</sup> betrachtet der Politikwissenschaftler *Thomas Biebricher* den Umgang zwischen konservativen und rechten Parteien, wobei es nur zwei Möglichkeiten gebe: „Kooperation oder Ausgrenzung“. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Frankreich, wo eine angedachte Kooperation zwischen Les Républicains und Le Pens Rassemblement national drastische Folgen gehabt und zu einer Spaltung der konservativen Partei geführt habe. Beiden Handlungsoptionen auf Deutschland übertragen könnte einerseits bedeuten, das „Opfernarrativ“ der AfD im Falle einer Ausgrenzung zu stärken, andererseits durch die Kooperation mit „stigmatisierten Parteien“ diesen den Anstrich von „Normalität“ zu geben und dadurch das „Potenzial ihrer Wählbarkeit massiv über die radikale Stammwählerschaft hinaus“ zu erweitern. Der Hase-und-Igel-Effekt sei schon eingetreten: „Sind Rechtsautoritäre salonfähig gemacht, können sie die Konservativen mit ihren Positionen vor sich her treiben und immer wenn jene sich diesen Positionen annähern, ist die AfD schon da – und dreht das Radikalisierungsradchen weiter. Wie man so die Radikalen ‚entzaubern‘ können soll, ohne selbst schlecht dazustehen, erschließt sich nicht ohne Weiteres. Und so überrascht es nicht, dass alle derartigen Kooperationen mittelfristig die radikalen Kräfte gestärkt haben: Sei es in Italien, den Niederlanden oder Österreich.“

---

am Ende weniger Butter und weniger Waffen bekam, da die aufgeblähte Sozialhilfe das Wirtschaftswachstum erstickte. Vielleicht steht Europa kurz davor, herauszufinden, ob auch das Gegenteil der Fall sein kann.“]

<sup>29</sup> Janan Ganesh, Europe must trim its welfare state to build a warfare state, *Financial Times*, 5.3.2025. [„Die Verteidigung selbst hat wohlfahrtsorientierte Eigenschaften. Das US-Militär fungiert gleichzeitig als Berufsausbilder, Sponsor eines College-Abschlusses und vor allem als Arbeitgeber, nicht selten in weniger goldenen Staaten wie Kansas und Kentucky, in denen sich Armeestützpunkte befinden. Wenn die europäischen Verteidigungshaushalte auf 4 Prozent des BIP zusteuern, ist das Potenzial, dass ihre soziale Funktion damit wächst, nicht gering.“]

<sup>30</sup> Thomas Biebricher, Die Konservativen sind die Hasen..., *Focus*, 7.3.2025.

Der Unternehmensberater *Nils Tarnow* setzt sich im *Cicero*<sup>31</sup> mit dem Versagen der „politischen Mitte“ auseinander und konstatiert: „Niemand wird radikal geboren. Ausgelöst durch Unzufriedenheit mit der eigenen oder der gesellschaftlichen Entwicklung, ändert man aber möglicherweise seine Axiome und radikalisiert sich. Wenn das in größerem Ausmaß geschieht, deutet das auch immer auf ein Versagen politischer Mitten hin, die auf Krisen zu spät, zu langsam, zu wenig reagiert haben, oder darauf, dass sich die Politik, selbst einer Regierung der politischen Mitte, zu weit von den Erwartungen der gesellschaftlichen Mitte entfernt hat. Die sich bietenden Lücken werden dann von mehr oder weniger exzentrischen ‚Heilsbringern‘ gefüllt. Hitler und Putin sind Beispiele dafür, aber auch der Aufstieg Trumps, Bolsonaros, Mileis sowie das Erstarken von AfD und BSW können als Versagen der jeweiligen Mitte gedeutet werden.“ Seine Schlussfolgerung lautet, die Parteien sollten die bestehenden Probleme nüchtern betrachten und Lösungen entwickeln, anstatt immer nur Subventionen anzubieten oder Probleme mit Geldzuweisungen zu verdecken, auf Wohlstand gebe es keine staatliche Garantie. Sinnvoll wäre es, endlich mit dem Bürokratieabbau und der Digitalisierung voranzuschreiten, die Parlamente zu verkleinern und damit handlungsfähiger zu machen: „Die gesellschaftliche Mitte will weder einen Milei mit der Kettensäge noch eine Sahara mit Hammer und Sichel, weder Alice in ein vergangenes Wunderland folgen noch mit Greta auf die Großdemo. Aber um unsere Probleme an der Wurzel zu lösen, brauchen wir mehr Radikalität im Denken und im Handeln. Ein bisschen Musk, ein bisschen Milei.“

Im Gespräch mit der *Zeit* beschreibt *Dominik Rigoll*<sup>32</sup> den Umgang mit Parteien am rechten Rand im Lauf der bundesrepublikanischen Geschichte und erläutert, wie es der Union immer wieder gelungen sei, diese einzugliedern und sie damit aufzulösen. Die AfD sei aber nicht mit der Deutschen Partei oder dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zu vergleichen, sie weise eine ganz andere Dimension auf und erinnere jetzt an die Deutschnationale Volkspartei der Weimarer Republik. Dies bedeute, „dass man mit Blick auf Weimar nicht nur an 1933 denken sollte. In der Dekade vor dem Durchbruch der NSDAP um 1930 hat die DNVP bereits maßgeblich dazu beigetragen, die Weimarer Demokratie zu ruinieren, etwa indem ihre Innenminister den Republikschutz nur gegen links ausrichteten. Von den Nazis überflügelt wurde sie erst, als klar wurde, dass sie keine Lösung für die herrschenden Probleme hatte. Womöglich steht der Aufstieg einer neuen NSDAP also erst noch bevor. Rechts der AfD stehen ja Parteien bereit wie ‚Der dritte Weg‘ und ‚Die Heimat‘, die darauf warten, dass Weidel und Co. nicht liefern, was sie versprechen. Über ein Verbot dieser Kleinparteien sollte man rechtzeitig nachdenken.“ Gegenmittel könnte eine Art „demokratischer Nationalismus“ sein, „der Europa mit derselben Energie verteidigt, mit der sich einst die USA als sicheren Hafen der Freiheit feierten“, da die AfD „sowohl mit dem neuen Zaren in Russland als auch mit amerikanischen Oligarchen und chinesischen Nationalkommunisten“ küngele.

Der Historiker *Peter Reichel* stellt in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>33</sup> mit Blick auf den Ausgang der Bundestagswahlen fest, man könne die AfD nicht durch „Brandmauern“ oder „Kommunikationsverbote“ von der Macht fernhalten, außerdem führe das Ignorieren des Wählerwillens nur zu noch mehr „Politikverdrossenheit“ und fortdauernder innerer Teilung des Landes. Ein Parteiverbotsverfahren sei wenig aussichtsreich, sinnvoller wäre es, dass „die Rechtspopulisten [...] sich am demokratischen Wettbewerb beteiligen, in Koalitionen bewähren beziehungsweise scheitern. Sie werden sich dabei programmatisch anpassen, vielleicht spalten, in Teilen radikalisierten und gegebenenfalls auch einem Verbot nicht entgehen.“

<sup>31</sup> Nils Tarnow, Die radikale Mitte, *Cicero*, 21.2.2025.

<sup>32</sup> Christian Staas, „Man sollte mit Blick auf Weimar nicht nur an 1933 denken“. Gespräch mit dem Historiker Dominik Rigoll, *Die Zeit*, 6.3.2025.

<sup>33</sup> Peter Reichel, Die AfD müsste endlich scheitern dürfen, *NZZ*, 4.3.2025.

In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*<sup>34</sup> weist Justus Bender darauf hin, die AfD habe ihre eigene Brandmauer errichtet, da es nicht in ihrem Interesse liege, Koalitionen – etwa mit der Union – einzugehen. Der dafür notwendige Kurs der Mäßigung und die erforderlichen Kompromisse würden unweigerlich zu Flügelkämpfen mit den radikalen Kräften in der Partei führen: „AfD-Politiker sagen immer das Eine und sein Gegenteil: eine Koalition gern, aber keine Koalition, bitte. Oft sagen AfD-Politiker, sie wollten mit der Union koalieren, solange das der Union schadet. Damit in ihren eigenen Reihen aber niemand nervös wird, beleidigen sie die Union schnell oder drohen ihr, um ganz sicher zu gehen, dass das Angebot nicht angenommen wird.“

In der *Financial Times*<sup>35</sup> spekuliert Gideon Rachman darüber, wie Trump seine eigene politische Bewegung schweren Schaden zufügen könne, die sein größter Aktivposten, aber auch seine größte Belastung sei. Es lasse sich nicht leugnen, dass Trump über ein intuitives Genie verfüge, das es ihm ermöglicht habe, die amerikanische Politik völlig neu zu gestalten. Dass er mit deutlichem Vorsprung eine zweite Amtszeit gewonnen habe, habe ihm absolute Autorität innerhalb seiner Partei verschafft. Im Moment könne Trump tun, was er wolle. Das Problem aber liege darin, dass das, was er wolle und tue, wahrscheinlich sehr schädlich für Amerika sein werde. Selbstzerstörerisch sei etwa seine Besessenheit von Zöllen. Während seiner ersten Amtszeit, als der Präsident noch schwächer gewesen sei, hätten seine Berater durch Tricks vieles abwenden können. In seiner zweiten Amtszeit aber habe er sich bislang hauptsächlich mit Schmeichlern umgeben, was sich schon jetzt negativ auf die Wirtschaft auswirke, die für seine Anhänger laut Umfragen von großer Bedeutung sei. Allerdings würden erst in zwei Jahren die Mid-Term-Wahlen stattfinden und bis dahin könne den staatlichen Institutionen, inklusive des Wahlsystems, noch viel Schaden zu gefügt werden. Aber mit Blick auf die autoritären Regierungen in Brasilien, Polen oder Ungarn bestehe dennoch Hoffnung, denn auch dort habe es Niederlagen für die Populisten von Rechtsaußen gegeben: „Rightwing populists can often win the culture wars. But mishandling the economy is much harder to explain away. If MAGA makes Americans poorer, Trump and his movement are likely to pay the price.“

Gerard Baker macht im *Wall Street Journal*<sup>36</sup> darauf aufmerksam, dass antisemitisches Gedankengut und Geschichtsverfälschungen im Denken der Rechten in den USA wieder Auftrieb erhalten hätten. Dies habe auch mit Personen wie Joe Rogan, Tucker Carlson oder Elon Musk zu tun, die ungeprüft rechtes Gedankengut und historisch falsche Informationen verbreiten würden. Die schiere Dummheit sei dabei Teil des Problems, denn die Öffentlichkeit werde von Menschen mit einem epischen Maß an historischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ignoranz dominiert, jeder könne glauben, was er wolle: „The abandonment of academic truth is partially to blame. The tendentious and dishonest nonsense that holds sway at most of our top universities and the intolerance with which its adherents exclude dissent have undermined faith in academic truth and debased the currency of scholarship so that anyone with access to a social media account can propagate his own ‚learning‘.“

---

<sup>34</sup> Justus Bender, Die AfD hat ihre eigene Brandmauer, FAS, 2.3.2025.

<sup>35</sup> Gideon Rachman, How Trump could destroy his own political movement, Financial Times, 17.3.2025. [„Rechtspopulisten können die Kulturkämpfe oft gewinnen. Aber ein falscher Umgang mit der Wirtschaft ist viel schwieriger wegzu erklären. Wenn MAGA die Amerikaner ärmer macht, werden Trump und seine Bewegung wahrscheinlich den Preis dafür zahlen.“]

<sup>36</sup> Gerard Baker, Antisemitism Rears Its Head on the Right, Too, Wall Street Journal, 17.3.2025. [„Schuld daran ist zum Teil die Aufgabe der akademischen Wahrheit. Der tendenziöse und unehrliche Unsinn, der an den meisten unserer Spitzenuniversitäten herrscht, und die Intoleranz, mit der ihre Anhänger abweichende Meinungen ausschließen, haben den Glauben an die akademische Wahrheit untergraben und die Währung der Wissenschaft entwertet, so dass jeder, der Zugang zu einem Social-Media-Konto hat, sein eigenes ‚Lernen‘ propagieren kann.“]



## Rezensionen

In der FAZ<sup>37</sup> weist Daniel Siemens auf die von Dirk Stolper verfasste Biografie **Eichmanns Anwalt. Robert Servatius als Verteidiger in NS-Verfahren** hin und stellt fest, die „kenntnisreiche Studie erlaubt einen kritischen Blick auf diesen wichtigen Strafverteidiger der Bundesrepublik, der dessen Selbstinszenierungen durchschaut, ohne ihn vorzuführen“.

Mit seiner Biografie **The Prosecutor: One Man's Battle to Bring Nazis to Justice** sei es Jack Fairweather gelungen, ein faszinierendes Bild des deutsch-jüdischen Strafverfolgers Fritz Bauer zu zeichnen, stellt Rebecca Abrams in der *Financial Times*<sup>38</sup> fest: „Fairweather tells this story with impressive clarity and pace, drawing on unpublished family papers and recently declassified German records to depict both a sensitive portrait of a heroically courageous individual and a compulsively readable account of the febrile cold war context in which German, US and Soviet interests were darkly enmeshed.“

„In einer Collage aus Tagebüchern, Briefen, Wochenschauberichten und bislang unveröffentlichten Zeitzeugnissen gelingt Heise so ein beeindruckendes Panorama der deutschen ‚Zusammenbruchsgesellschaft‘ (Wehler), eine Chronik der Dramen und Tragödien auf der weltpolitischen Bühne, aber auch in der privaten Welt der ‚kleinen Leute‘ schreibt René Schlott in der FAZ<sup>39</sup> über 1945 von Volker Heise.

Florian Keisinger befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>40</sup> mit **Exil. Geschichte einer Vertreibung 1933–1945** und urteilt: „Zu den Stärken des Buches des Berliner Historikers Wolfgang Benz gehört, dass er das Thema des Exils in seiner komplexen Gänze strukturell aufbereitet und bei den angeführten Einzelschicksalen die Erfahrungs- und Lebenswelten der gewöhnlichen Menschen, die sich von 1933 an zur Flucht aus Deutschland gezwungen sahen, in den Vordergrund stellt. Das ist nicht nur erhellend, sondern auch historisch angemessen, denn anders als bisweilen medial und publizistisch suggeriert, war weder die Existenz des ‚notorischen Villenbesitzers‘ Thomas Mann noch die literarisch-intellektuelle Avantgarde seines Sohnes Klaus repräsentativ für die Realitäten des Exillebens.“

„Clearly written and convincingly argued, and appearing shortly after works commemorating the sesquicentenary of the founding of the empire, the book offers a thorough account of Germany's political, social and economic development between that foundation in 1871 and the empire's demise in 1918“ lautet das Urteil von Jonathan Sperber im *Times Literary Supplement*<sup>41</sup> über **The German Empire, 1871–1918** von Roger Chickering.

Nils Minkmar stellt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>42</sup> über das „kluge Buch“ **Macht im Umbruch – Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts** von Herfried Münkler fest: „Die lange Epoche, in der die Bundesrepublik von einer ‚permanenten Gegenwart‘ träumte und eben auch lange vor sich hin träumte, erklärt der Politikwissenschaftler also für soeben beendet. Aber er gehört nicht zu jenen vielen Autoren, die einen guten Ausgang versprechen, wenn man nur seinem Rat folgt. Die Sache kann schiefgehen, und die Demokratie kann wieder verschwinden, wenn autoritäre Mächte in Beijing, Washington und Moskau sich durchsetzen. Münkler malt dieses mögliche Finale nicht als Schreckensbild an die Wand, er ist mitunter ironiebegabt, aber kein Apokalyptiker.“

<sup>37</sup> Daniel Siemens, Der Anwalt, der die Nazis verteidigte, FAZ, 4.3.2025.

<sup>38</sup> Rebecca Abrams, The Prosecutor: One Man's Battle to Bring the Nazis to Justice – a stark lesson for our times, *Financial Times*, 27.2.2025.

<sup>39</sup> René Schlott, Vergebliche Briefe, FAZ, 4.3.2025.

<sup>40</sup> Florian Keisinger, Die, die niemand haben wollte, SZ, 24.2.2025.

<sup>41</sup> Jonathan Sperber, The fall of the Second Reich, TLS, 21.2.2025.

<sup>42</sup> Nils Minkmar, Auf eigene Verantwortung, SZ, 8.3.2025.

In der FAZ<sup>43</sup> konstatiert *Milos Vec* **Vom Umgang mit nationaler Vielfalt. Eine Geschichte der nicht-territorialen Autonomie in Europa** von **Börries Kuzmany** sei ein „positives Lehrstück“ und biete – trotz offener Fragen – „juristisch und politikwissenschaftlich einen Fundus zum Nachdenken über Entscheidungsfindung unter herausfordernden, aber unvermeidbaren Minderheiten-Konstellationen“.

*Claus Leggewie* stellt in der FAZ<sup>44</sup> die Fallstudie **Stolen Pride. Loss, Shame, and the Rise of the Right** von **Arlie Russell Hochschild** vor, in der die Soziologin ihre Spurensuche unter MAGA-Anhängern in den Appalachen schildert.

*Matthias Kolb* präsentiert in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>45</sup> **Alles oder nichts. Donald Trumps Rückkehr an die Macht** von **Michael Wolff** und merkt an, das Buch diene nicht dazu, sich auf die zweite Amtszeit von Donald Trump vorzubereiten, es biete aber spannende Porträts der Personen im Umfeld des Präsidenten. Zudem helfe es „auch, einen zentralen Aspekt rund um Trumps zweiten Wahlsieg zu verstehen, der in Europa bisher wenig Beachtung fand: Für viele Wähler ist er eine fast mystische Figur.“

In der *Financial Times*<sup>46</sup> befasst sich *Victor Mallet* mit **Accidental Tyrant: The Life of Kim Il-sung** von **Fyodor Tertitskiy**, der in seiner Biografie aufzeige, wie der nordkoreanische Diktator mit Hilfe der Sowjetunion und Chinas an die Macht gelangt sei mit dem Ziel, Asien zu destabilisieren und wie es ihm gelungen sei, die Macht in der Hand seiner Familie zu etablieren.

*Tunku Varadarajan* stellt im *Wall Street Journal*<sup>47</sup> zwei Bücher vor, die die strategische Bedeutung Taiwans in den Blick nehmen und aufzeigen, wie wichtig die Kontrolle der Insel – nicht nur für China – sei: **Why Taiwan Matters: A Short History of a Small Island That Will Dictate Our Future** von **Kerry Brown** sowie **The Boiling Moat: Urgent Steps to Defend Taiwan** von **Matt Pottinger**.

„Finkels Darstellung der ukrainischen Tragödie ist eine dreihundert Seiten lange Anklage jahrhundertealter russischer Besessenheit – gegen den nimmer endenden Trieb, die Ukraine als eigenständiges politisches und kulturelles Gebilde auszuradieren. Sein Fazit: Ändern wird sich Moskaus Drang nach Westen nur, ‚wenn die russische Gesellschaft ihre identitären Träume von der Einheit zweier Nationen aufgibt‘“ bilanziert *Christine Brinck* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>48</sup> über **Intent to Destroy: Russia's Two-Hundred-Year Quest to Dominate Ukraine** von **Eugene Finkel**.

*Stefan Messingschlager* urteilt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>49</sup>, mit ihrem Buch **China und Russland. Kurze Geschichte einer langen Beziehung** gelinge **Sören Urbansky** und **Martin Wagner** „ein bemerkenswerter Spagat: Ihr Buch ist quellenbasiert, fundiert und analytisch präzise – und zugleich mit erzählerischer Leichtigkeit geschrieben, die es einer breiten Leserschaft zugänglich macht. Es zeigt, wie Geschichte unser Verständnis der Gegenwart schärfen kann, ohne sie zu determinieren – und lädt dazu ein, mit einem geschärften Blick auf die globale Ordnung der Zukunft zu blicken.“

---

<sup>43</sup> Milos Vec, Zwei Herzen in der Brust, FAZ, 5.3.2025.

<sup>44</sup> Claus Leggewie, Von Scham zu Stolz, FAZ, 7.3.2025.

<sup>45</sup> Matthias Kolb, Der Überlebenskünstler, SZ, 4.3.2025.

<sup>46</sup> Victor Mallet, Accidental Tyrant – the making of the darkest figure in Korean history, Financial Times, 17.2.2025.

<sup>47</sup> Tunku Varadarajan, 'Why Taiwan Matters' and 'The Boiling Moat': Danger Island, Wall Street Journal, 21.2.2025.

<sup>48</sup> Christine Brinck, Moskaus Drang nach Westen wird bleiben, NZZ, 26.2.2025.

<sup>49</sup> Stefan Messingschlager, Zwischen Konflikt und Kooperation, SZ, 10.3.2025.

## **Impressum**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**Denise Lindsay**

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP

denise.lindsay@kas.de

Nur für den internen Gebrauch.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.